Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Redaction bestimmte Manuscripte nur an die Redaction zu senden.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 31,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,750
Abonnementspreis viertelj. 4½ M.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 26. Montag den 26. Januar 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das vom Stiftsrathe Dr. Johann Franz Born für einen in Leipzig geborenen, die Rechte studirenden Sohn

a) eines Beisitzers der hiesigen Juristenfacultät, oder, da deren keiner vorhanden,

b) eines Beisitzers des vormaligen hiesigen Schöppenstuhles, oder, da ein solcher auch nicht wäre,

c) eines Rathsherrn allhier, und wenn deren ebenmäßig keiner zu finden,

d) eines hiesigen Bürgers

gestiftete Stipendium ist auf die Jahre 1885 und 1886 zu vergeben und beträgt auf diese beiden Jahre je 170 ℳ 56 ₰.

Der Empfänger dieses Stipendii hat jedes Jahr am 12. Juni, oder, dafern letzterer auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, am 13. Juni über ein „argumentum juridicum zu perorieren" und diese Oration schriftlich bei uns einzureichen.

Wir fordern diejenigen Herren Studirenden, welche um obiges Stipendium sich bewerben wollen, hierdurch auf, sich unter Bescheinigung ihrer stiftungsgemäßen Qualification bis zum 3. März dieses Jahres schriftlich bei uns anzumelden, widrigenfalls sie diesmal unberücksichtigt bleiben.

Leipzig, den 14. Januar 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Die bei dem hiesigen Leihhause in den Monaten **Januar, Februar, März und April 1884** versetzten oder erneuerten Pfänder, die weder zur Verfallzeit, noch bis jetzt eingelöst worden sind, auch nicht bis zum 31. Januar a. c. eingelöst werden, sollen **den 2. März d. J. und folgende Tage** im Parterre-Locale des Leihhauses öffentlich versteigert werden.

Es können daher die in den genannten Monaten versetzten Pfänder nach dem 31. Januar d. J. und **spätestens am 6. Februar d. J.** nur unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark des Darlehns **eingelöst oder nach Befinden erneuert** werden; vom 6. Februar a. c. an, an welchem Tage der Auctionskataloog geschlossen wird, kann **lediglich die Einlösung** derselben unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark der **ganzen Forderung** des Leihhauses stattfinden, und zwar nur bis zum 27. Februar d. J., von welchem Tage ab Auctionspfänder unwiderruflich **weder eingelöst, noch prolongirt** werden können.

Es hat also vom 28. Februar d. J. an Niemand das Recht, die Einlösung solcher Pfänder zu verlangen, und können dieselben daher von den Eigenthümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erstehens wieder erlangt werden.

Dagegen nimmt das Geschäft des Einlösens und Versetzens anderer Pfänder während der Auction in dem gewöhnlichen Localen seinen ungestörten Fortgang.

Leipzig, den 15. Januar 1885.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Vermiethung.

Im **rechten Seitengebäude** des Grundstücks der **Grünen Linde,** Petersteinweg Nr. 11, ist eine **Niederlage** (die 3. vom Hofeingange aus) **gegen einvierteljährliche Kündigung sofort** anderweit zu **vermiethen** und werden Miethgesuche auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen.

Leipzig, den 21. Januar 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Seltz.

Holzauction.

Mittwoch, den 4. Februar c. sollen von Vormittags 9 Uhr an, im **Forstreviere Connewitz,** auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 37 und 38

ca. 6 Rmtr. **Eichen-Nutzscheite** I. Cl.,
„ 3 „ „ „ II. „ sowie
„ 95 „ **Eichen-, 2 Rmtr. Weißbuchen-Brennscheite,**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in der Nähe am **Schleußiger Wege.**

Leipzig, am 15. Januar 1885.

Des Raths Forstdeputation.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des **Hammerwerksbesitzers Gustav Herrmann in Roßdorf, in Firma Friedrich Herrmann, Jeßnitz in Anhalt,** ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den

25. Februar 1885, Vormittags 10 Uhr

vor dem Herzoglichen Amtsgerichte hierselbst anberaumt.

Jeßnitz, den 21. Januar 1885.

Herzogl. Anhalt. Amtsgericht.
Wiebach, Bureauassistent,
Gerichtsschreiber des Herzoglichen Amtsgerichts L. B.

Holz-Auction.

Von den auf dem **Hubertusburger Forstrevier** aufbereiteten Hölzern sollen

Donnerstag, den 5. Februar dss. J.,
von Vormittags ½10 Uhr an

57 eichene	Klötzer von	15—50	cm	Ober-, bez. Mittenstärke — auf dem Schlage an den Alleen Q. R und 7, sowie auf demselben bei Mahlis,
16 „	„ „	51—80	„	
7 „	„ „	91—112	„	
134 birkene	„ „	16—38	„	
53 weißbuch.	„ „	16—26	„	
19 erlene	„ „	15—27	„	
45 aspene	„ „	16—34	„	
17 eschene	„ „	15—27	„	
6 ahorne	„ „	23—45	„	
57 eichene, weißbuchene u. birkene Derbstangen				
6 Raummeter eichene Nutzscheite,				
27 „ buchene „ an Alleen M u. 8				

an **Ort und Stelle,** wobei **Versammlung** an den Alleen R und 7 und **Geldeinnahme** in **Triegler's Restauration** bei **Mahlis** stattfindet, meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen verfrigert werden.

Königliches Forstrentamt Wurzen und Königliche Forstrevierverwaltung Hubertusburg, den 17. Januar 1885.
Bachmann. von Brandenstein.

Bekanntmachung.

Am Morgen des 19. laufenden ist im Reisewasser in unmittelbarer Nähe des Kölnerbrunnens ein Mann erhängt aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden.

Da über die Persönlichkeit des Aufgefundenen bis jetzt hier Nichts bekannt geworden ist, so ersuchen wir alle Diejenigen, welche eine Auskunft zu geben vermögen, sich ungesäumt bei uns zu melden.

Leipzig, am 22. Januar 1885.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. Berger.

Signalement.

Alter: 40—45 Jahre; Statur: mittel; Haare: dunkel; Augen: braun; Nase und Mund: gewöhnlich; Zähne: vollständig; Gesicht: hager; Bart: dunkler Vollbart.

Bekleidet war der Todte mit einem dunkelblauen Winterüberzieher, einem Rocke von dunklem, kleinkarrirtem Stoffe, einer dergl. Hose und Weste, einem Paare halbledernen Halbstiefeln, einem graugestreiften Barchenthemde, grauen Hosenträgern, weißleinenem Vorhemde, schwarzer Cravatte und weißleinenen Manschetten mit braunen Knöpfen.

Bei sich hatte der Todte ein Cigarrenetui.

Holz-Auction.

Von den in der Harth des Zweckauer Forstreviers auf dem Schlage in Abtheilung 3 aufbereiteten Hölzern sollen

Montag, den 9 Februar dss. Js.,
von Vormittags ½10 Uhr an,

1080 kieferne Klötzer, 15—50 cm stark, 4—6 m lang,
455 dergl. Stangen, 9—14 „ „ 9—12 „ „ und
830 „ „ 12—14 „ „ 10—13 „ „

in Abtheilung 1, und

Dienstag, den 10. Februar,
von Vormittags ½10 Uhr an,

6 Rm. kieferne Brennscheite,
2 „ birkene } Brennknüppel,
171 „ kieferne }
3 „ birkenes }
10 „ fichtenes } Abraumreisig,
648 „ kieferneS }
119 „ eichene }
19 „ birkene } Langhölzer,
84 „ gemischte }

meistbietend gegen sofortige, im **Gasthofe zu Großdeuben** zu bewirkende Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung auf dem Schlage am **Communicationswege** zwischen Zschernitz und Probstdraden.

Königliches Forstrentamt Wurzen und Königliche Forstrevierverwaltung Zweckau, den 28. Januar 1885.
Bachmann. Lomler.

Nichtamtlicher Theil.

Die liberale Partei in Oesterreich.

* Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die arg zersplitterte deutsch-liberale Partei Oesterreichs sich außerhalb Wiens zu reorganisiren und ihre Stellung gegenüber den Fortschritten des Slawismus neuerdings zu verstärken gedenkt. Im Interesse der Wahrheit und der neugeschichtlichen Thatsachen muß auch jedenfalls betont werden, daß die ganze offizielle, politische und gesellschaftliche Atmosphäre Wiens in Verbindung mit seinen genugsambekannten Preßverhältnissen der freien, unabhängigen Entwickelung des deutschen Liberalismus niemals günstig gewesen ist. Von diesem Vorwurfe kann selbst das „liberale Bürgerministerium" mit dem „deutschen Manne" Giskra nicht ausgenommen werden, der aber horribile dictu, einen urslawischen Namen führte. Sobald nämlich jenes Ministerium sein Amt angetreten, mußte es jener eigenartigen, niemals ganz zu bannenden Atmosphäre Wiens Rechnung tragen, falls es nicht sofort zurücktreten wollte. So war, um nur ein Beispiel anzuführen, der „liberale Bürgerminister" Giskra ganz außer Stande das Anathema zu beseitigen, welches noch heute Oesterreich dem Freimaurerorden verschließt. In einem anderen Staate wäre dieser Widerstand, auf den Giskra gestoßen, für jeden wirklich liberalen Minister genügend gewesen, um sofort seine Entlassung zu fordern, aber in Wien mußte der liberale Minister eben „billiger denken" und sich den „Verhältnissen anbequemen". Im Hinblicke auf die gegenwärtige Entwickelung der inneren Politik Oesterreichs ist es noch weniger verwunderlich, wenn die wirklich deutschliberalen unabhängigen Elemente Oesterreichs ihre Reorganisation und ihren Sammelpunct außerhalb Wiens suchen.

So hat auch vor einigen Tagen seitens des „Deutschen Vereins" in Graz eine sehr zahlreich besuchte Versammlung stattgefunden, in der in zwar scharfer, aber durchaus zutreffender Weise die politischen und parlamentarischen Verhältnisse Oesterreichs bloßgelegt wurden. Da wurde unter Anderem mit Recht darauf hingewiesen, daß letztere durchaus nicht die Stimmung des Volkes, sondern die der jeweiligen Regierung vertreten. Ein Redner bezeichnete sogar den ganzen Parlamentarismus Oesterreichs unter den gegenwärtigen Verhältnissen als eine Fiction. Jedenfalls ist es eine nicht zu bestreitende Thatsache, daß sich jede Regierung in Oesterreich im Parlamente die Mehrheit verschaffen, oder, wenn es ihr beliebt, durch Neuwahlen den Schwerpunct um 20 bis 30 Sitze von links nach rechts verschieben kann, und zwar einfach durch ihre Einflußnahme auf die Wahlen in Böhmen, Mähren und Krain. Wenn es der Regierung beliebt und ihr vor den eigenen Freunden nicht graut, wird sie sich gar nicht besonders anzustrengen brauchen, um noch den nächsten Wahlen etwa 30 Stimmen mehr zu gewinnen. Das bedenklichste, immer hin und her schwankende Element bilden im österreichischen Parlamente die galizischen Polen, die zwar unter Umständen immer zu haben, aber stets nur theuer zu erkaufen sind. Unfreiwillig mit Oesterreich verbunden, haben sie für dasselbe nur Augenblicksinteressen, aber keinerlei Sympathie. Ihre ganze Geschichte, ihre culturelle Entwickelung, ihre Handels- und wirthschaftlichen Interessen sind mit denen des übrigen Oesterreichs nicht gleichlaufend, sondern diesen zumeist geradezu widerstrebend. Dennoch bilden die Polen für die gegenwärtige österreichische Regierung einen wichtigen politischen Rechnungsfactor, ja es giebt bekanntlich sogar in Wien polnische Minister, die nebenbei auch österreichische Minister sind. Vielleicht hängt aber diese sonderbare Verquickung mehr mit äußeren als inneren politischen Gründen zusammen.

Richten wir nun einen Blick auf die im österreichischen Parlamente sich äußernde deutschliberale Partei, auf die sogenannte Vereinigte Linke. Sie ist dort eben augenblicklich die Opposition. Jene Elemente, welche mit den Bestrebungen der gegenwärtigen Mehrheit und der Regierung unzufrieden sind, haben sich im Reichsrathe zu einer Partei zusammengethan. Schon der Umstand, daß sie sich die fragwürdige Bezeichnung „Vereinigte Linke" beilegen mußte, beweist, daß sie ein eigentlich gemeinsames Programm nicht besitzt; wer überdies die Bestandtheile der Vereinigten Linken kennt, weiß auch, wie weit die beiden Flügel in ihren Ansichten über nationale, politische und wirthschaftliche Fragen auseinandergehen. Die Kraft dieser Partei war dadurch von vornherein lahmgelegt, daß bei jeder neuen Frage die Erwägung den Ausschlag gab, ob man damit nicht bei dem linken oder gar bei dem rechten Flügel der Partei Anstoß errege, ein Bedenken, welches von selbst jedes kräftige Vorgehen ausschließen mußte. So haben sich die Erwartungen der wirklich deutschliberalen Partei Oesterreichs nicht erfüllt, ja selbst demüthigende Vorgänge, wie die Wahlen der oberösterreichischen Großgrundbesitzer, vermochten die Vereinigte Linke zu einem gemeinsamen kräftigen Vorgehen nicht aufzurütteln. So blieb der parlamentarische Liberalismus uneinig, matt, erfolglos und verlor schließlich in den Volkskreisen alle Sympathie.

Unter solchen Umständen darf man sich gewiß nicht verwundern, wenn eine anfänglich kleine, radical angehauchte deutschliberale Fraction mit ihrem rücksichtslosen Programme schließlich reißende Fortschritte machte.

Noch vor zwei Jahren brach die Vereinigte Linke stets in ein spöttisches Gelächter aus, wenn der Führer jener kleinen liberalradicalen Fraction, der „wilde" Abgeordnete v. Schönerer, die Rednerbühne bestieg. Heute ist es an Herrn v. Schönerer, darüber spöttisch zu lachen, daß die kurzsichtigen, mit dem eigentlichen Volke in keinem Zusammenhang mehr stehenden Leute der Vereinigten Linken allen Boden unter ihren Füßen verloren haben. Dagegen hat die radicalliberale Partei Schönerer's, die auch den Antisemitismus auf ihre Fahne geschrieben, nicht allein in Wien sondern selbst in allen deutschen Provinzen Oesterreichs, ja sogar unter der bäuerlichen Bevölkerung, großen Anhang und lebhafte Zustimmung gefunden und so ist Herr v. Schönerer von einem anfänglich verlachten Mann zum volksthümlichen Abgeordneten geworden, der gegenwärtig im österreichischen Parlamente sitzt.

Diese Thatsache kam auch in der vorher erwähnten Versammlung des Deutschen Vereins in Graz sehr nachdrücklich zum Ausdrucke. Dort erklärte unter anderen Rednern Dr. Kummer, daß er Herrn v. Schönerer als seinen Parteiführer verehre und sich verpflichtet fühle, in den Ausführungen des Vorredners, denen er sonst vollkommen beistimmte, jene Modificationen, die sich auf das Programm Schönerer's beziehen, zu berichtigen. Es sei unrichtig, daß in diesem Programme der nationale Gedanke hinter dem antisemitischen zurücktritt. Herr v. Schönerer unterordne den antisemitischen Gedanken dem deutschnationalen als eine logische Folge des letzteren. Es giebt in Wien zwei antisemitische Parteien: die Antisemiten als solche und die Partei des Herrn v. Schönerer. Beide Parteien haben nur das Eine gemeinsam: die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, gegen den Semitismus anzukämpfen. Die Endziele der beiden Parteien sind aber sehr verschieden. Der Wiener Antisemitenpartei, die nur antisemitisch ist, macht man mit Recht so Manches zum Vorwurfe. Die antisemitischen Deutsch-Nationalen wollen dagegen nur die specifische Eigenart unserer Nation schützen gegen das Judenthum, welches durch Tausende von Canälen das Deutschthum mit seinem fremdartigen Wesen schädige. Die Presse, mit wenigen Ausnahmen in der Provinz, wird von Juden redigirt. Der Jude kann sich nie verleugnen, am wenigsten in der Schreibweise. Im Leitartikel, im Feuilleton, in den Berichten und in den Telegrammen, überall werde aus gemeinem Egoismus die Wahrheit entstellt. Der Semitismus betrachte die unveräußerlichen Güter der Menschheit als käuflich. Wenn der deutsche Schulverein den geographischen Besitzstand des deutschen Volkes schützen will, so wollen wir unsere ethischen Besitzthümer schützen, die durch das Judenthum gefährdet sind. Man hat Herrn v. Schönerer zum Vorwurfe gemacht, daß er kein Gelehrter sei, daß er keinen officiellen Titel besitze. Das ist so deutsche Art. Man muß in einer Diätenclasse sitzen, um etwas zu gelten. Aber wir gehen sehr wissenschaftlich vor und wollen nicht durch Schlagworte die Leidenschaften erregen. Wir haben nicht die Absicht, Fensterläden zu stürmen, sondern wir wollen es dahin bringen, daß endlich in den öffentlichen Vertretungskörpern eine Frage erörtert werde, welche sich absolut nicht aus der Welt bringen läßt. Diesen Worten Dr. Kummerer's folgte stürmischer, langanhaltender Beifall.

Man sieht also, der Liberalismus der Deutschen Oesterreichs ist in einer merkwürdigen Wandlung begriffen.

Leipzig, 26. Januar 1885.

* Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht heute ein Normalstatut für Berufsgenossenschaften. Demselben wird folgende Benachrichtigung vorangesandt:

Um den Berufsgenossenschaften eine Anleitung zur Aufstellung von Statuten nach dem Unfallversicherungsgesetz zu geben, hat das Reichs-Versicherungsamt das nachstehende Normalstatut festgestellt und dessen Veröffentlichung beschlossen. Bei der Berathung über das Statut haben die von zahlreichen industriellen Vereinen und Corporationen eingegangen Vorschläge zu einem desselben mitgetheilten Entwurfe des Statuts großentheils Berücksichtigung gefunden. Manche Vorschläge waren für die concreten Verhältnisse der bereits in Aussicht genommenen Berufsgenossenschaft bestimmt, andere bezogen sich auf die vom Vorstand der Genossenschaft später zu erlassende Geschäftsordnung, noch andere stimmten nicht völlig mit den Vorschriften des Gesetzes überein oder wiederholten dieselben. Es besteht die Absicht, die nicht berücksichtigten Vorschläge, soweit dieselben eine allgemeine Bedeutung haben, in einer der nächsten Nummern zu erörtern.

Inzwischen ermangelt das Reichs-Versicherungsamt nicht, den betheiligten Kreisen für das bei der Begutachtung des vorläufigen Statutentwurfs bewiesene Entgegenkommen verbindlichst zu danken.

Berlin, den 20. December 1884.

Das Reichs-Versicherungsamt.
Bödiker.

* Die Nachricht, daß die Ernennung des Geheimen Regierungsrathes, vortragenden Rathes im Reichsamt des Innern, Köhler, zum Director des Reichsgesundheitsamtes nunmehr in sicherer Aussicht stehe, bestätigt sich dem Vernehmen der „Kreuzzeitung" nach. Wie es heißt, dürfte die Ernennung desselben schon in kürzester Zeit zu erwarten sein. Geheimer Rath Köhler, welcher das Decernat im Reichsamt des Innern über das Gesundheitswesen führt, ist der jüngste Rath in der Central-Abtheilung dieses Amtes. Für die Jahre 1883, 1884 und 1885 gehört er dem Gesundheitsamte als außerordentliches Mitglied an. Die Zahl der außerordentlichen Mitglieder für diese drei Jahre beträgt, wie hierbei erwähnt sein mag, sechsundzwanzig.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Die Majorität vom 15. December hat es zwei Tage lang im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus für zweckmäßig gehalten, die an die Abstimmung jenes Tages anknüpfende Volksbewegung zu besprechen. Herr von Hüne begann damit im Reichstag, Herr Bachem im Abgeordnetenhause, Herr Richter und ganz besonders Herr Rickert und Herr Windthorst griffen das Thema eifrig auf. Ob die Herren mit dem Versuche, diese mächtige Bewegung zu beschimpfen oder lächerlich zu machen, im Lande viel Erfolg haben werden, warten wir getrost ab. Wir können in diesen Ausfällen nur böses Gewissen und Angst erkennen, haben zugute jedes Wort der clericalen und freisinnigen Redner, und daß die Bewegung ihr Ziel, wenigstens bei letzterer Partei, erreicht hat, das beweist die gestrige Abstimmung im Reichstag und wird noch deutlicher die Abstimmung dritter Lesung über den vielberufenen Directorposten beweisen. Wenn die Bewegung wirklich eine künstlich von etlichen Strebern und Liebedienern gemachte gewesen und im Volke gar keinen naturwüchsigen Boden hatte, warum bieten ihr denn die Helden der Majorität vom 15. December nicht Trotz, warum bleiben sie denn nicht bei ihrem rein sachlichen und durch löbliche Sparsamkeitsrücksichten gerechtfertigten Beschlusse stehen? Giebt es einen größeren Widerspruch, als eine Sache lächerlich zu machen und sie zu verdammen und gleichzeitig vor ihr die Kniee zu beugen? Man hat von gegnerischer Seite die ganze Bewegung als ein Product einiger Zeitungsartikel, namentlich eines „Aufrufs" der „Nationalliberalen Correspondenz" hinzustellen gesucht. Wir wären auf unseren Einfluß auf unsere Macht sehr stolz, wenn wir mit einem einzigen Artikel eine so tiefgehende Erregung zu erzeugen vermöchten. Zeitungsartikel wirken nur, wenn sie auf einen wohlvorbereiteten Boden fallen, wenn sie aussprechen, was viele Tausende fühlen und denken, sie vermögen keine große volksthümliche Bewegung zu erzeugen, wenn sie nicht mit einer weitverbreiteten tiefgehenden Stimmung und Strömung im Volke zusammentreffen. Einer solchen Stimmung Ausdruck zu geben, ist Recht und Pflicht der Presse, und das gute Recht des Volkes ist es, seine Gefühle, Meinungen und Wünsche öffentlich kundzugeben, auch wenn sie gegen die Mehrheit des Reichstags gerichtet sind. Am allerwenigsten eine freisinnige Partei sollte es bemäkeln und bekritteln, wenn der Volkswille, sei es auch einmal in stürmischer Weise, sich geltend zu machen sucht. Und wenn die Bewegung wirklich künstlich aufgeblasen gewesen wäre, wie konnten verständige Männer über eine hohle, mühsam aufgepuffte Sache zwei ganze Tage lang reden und sich ereifern?"

* Wir lesen in der „National-Zeitung: „Wir haben schon mitgetheilt, daß der Magistrat von Berlin über eine Ovation, die dem Reichskanzler Fürsten Bismarck als Ehrenbürger von Berlin zu seinem 70. Geburtstage dargebracht werden soll, in Berathung getreten ist. Diese Ovation der städtischen Behörden Berlins ist wohl zu unterscheiden von sonstigen Ovationen, die sich aus der Bevölkerung vorbereiten und insbesondere von derjenigen, an deren Spitze sich der Herzog von Ratibor gestellt hat. Diese letzteren Ovationen sind politische Acte, sie sollen dem Fürsten Bismarck als dem großen Politiker und Staatsmann dargebracht werden. Um eine solche Ovation kann es sich für unsere städtischen Behörden nicht handeln. Sie sind zu oft und zu nachdrücklich darüber belehrt worden, daß politische Acte nicht in den Bereich ihrer Competenz gehören und daß sie sich davon fern zu halten haben. Für die städtischen Behörden Berlins handelt es sich nur um den großen Ehrenbürger von Berlin und in dieser Eigenschaft dem Fürsten Bismarck zu seinem 70jährigen Geburtstage ihre Huldigung darzubringen, wird allerdings eine Ehrenpflicht unserer städtischen Behörden sein."

* * *

* Die englische Regierung hat die französischen Vorschläge zur Regelung der egyptischen Finanzen unter gewissen Bedingungen, vor Allem unter derjenigen des Allgemeinen einer mehrseitigen Controle, als Grundlage für weitere Unterhandlungen angenommen, aber die gestellten Bedingungen werden von den betheiligten Mächten schwerlich als stichhaltig und berechtigt angesehen werden. Das verhehlen sich selbst diejenigen englischen Blätter nicht, die mit den Beschlüssen ihrer Regierung einverstanden sind. Wenn der Pariser Correspondent der „Daily News" gut unterrichtet ist, so hat sich auch bereits die französische Regierung in diesem Sinne ausgesprochen, denn nach dessen Angabe ist, wie ein Privattelegramm der „Vossischen Zeitung" aus London meldet, der französische Botschafter Waddington angewiesen worden, Lord Granville, den englischen Minister des Auswärtigen, zu verständigen, daß die französische Regierung das Anerbieten der englischen Regierung, die Gegenvorschläge zum Gegenstande weiterer Unterhandlungen zu machen, nur als eine Ausflucht betrachtet, um Zeit zu gewinnen. Diese französische Auffassung wird wohl den Nagel auf den Kopf treffen, und es liegt für die „Times" gar kein Grund vor, sich über die vermeintliche Capitulation des englischen Cabinets zu ereifern. Das letztere kann sich über die Tragweite der von ihm an die Annahme der französischen Gegenvorschläge geknüpften Bedingungen unmöglich einer Täuschung hingegeben haben, und Blätter, welche die Stimmung in den ministeriellen Kreisen gewöhnlich am genauesten wiederzugeben pflegen, sprechen dies unverhohlen genug aus. So schreibt die „Daily News" in ihrer Ausgabe von vorgestern:

„Das Land wünscht nicht weniger als die Regierung, mit Frankreich zu einem Abkommen zu gelangen, und einige Theile des französischen Planes zeigen den gleichen Geist der Versöhnung auf Seiten M. Ferry's und seiner Collegen. Der Vorschlag für die Besicherung der Coupons kommt thatsächlich mit den englischen Vorschlägen für eine Zinsenreduction der Schuld auf eins heraus, und in der Zustimmung zu der Besicherung der Ausländer in Egypten handelte die französische Regierung im Einklange mit den von Ihrer Majestät Rathgebern ausgedrückten Wünschen. Dasselbe kann von der Zulassung der Freiheit des Suezcanals gesagt werden, ein Vorschlag, der von einigen Seiten arg mißverstanden wurde, und der einfach die von Lord Granville in seiner Depesche vom 3. Januar 1883 niedergelegten Ansichten annimmt . . . . Eine größere Schwierigkeit bietet die empfohlene gemeinschaftliche Garantie der Anleihe. Dies wird, wir mögen dessen sicher sein, in keiner Form angenommen werden, die auch nur eine Annäherung zu einer internationalen Controle über die Verwaltung Egyptens oder eine Einmischung